www.kpoe-graz.at Städtblatt

KPÖ Landtagsabgeordneter Werner Murgg fragt LH Voves

ESTAG: Die Folgen der Privatisierungspolitik

Die Folgen der Privatisierungspolitik machte die Beantwortung einer Frage des KPÖ-Abgeordneten Dr. Werner Murgg durch Landeshauptmann Voves am 15. November deutlich.

Voves musste eingestehen, dass es keine Möglichkeiten für die Landespolitik gebe, den Strompreis mitzugestalten. Für den Miteigentümer der SSG (STEWEAG/STEG), den französischen Energiekonzern EdF, der derzeit 50 Atomkraftwerke betreibt, zählt allein die Rendite. Das Land

Steiermark müsse sich danach richten, so Landeshauptmann Voves.

Die KPÖ sieht sich in ihrer Haltung bestätigt, die Grundversorgung der Bevölkerung nicht privaten Profitinteressen auszuliefern. Der Landeshauptmann kündigte ein Treffen mit EdF-Vertretern für 2. Dezember an. Die Teilprivatisierung des Energiesektors sei ein großer Fehler gewesen, so Voves. Er kündigte an, in der Budgetklausur der Landesregierung einen neuerlichen Landesbonus für Stromkunden der ES-TAG zur Diskussion zu stellen. Werner Murgg: "Während die hohen Abfertigungen und Gehälter der ESTAG-Manager rechtlich abgesichert sind, leiden immer mehr Menschen mit kleinen Einkommen unter den steigenden Energiekosten.

Landeshauptmann Voves macht es sich zu leicht, wenn er die Verantwortung auf die ÖVP abschieben will. In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, dass der seinerzeitige Verkauf von STE-WEAG/STEG an die EdF mit den Stimmen der steirischen Sozialdemokratie beschlossen wurde."



Dr. Werner Murgg,

AUCH IM LANDTAG

Helfen statt reden

Die Landtagsabgeordneten der KPÖ verwenden einen großen Teil ihrer Gehälter für soziale Zwecke, genau wie die Grazer Stadträtinnen Elke Kahr und Wilfriede Monogioudis.

Zu Jahresende gibt es einen Tag der offenen Konten.

DIE LANDTAGSABGEORDNETEN DER KPÖ:

Ernest Kaltenegger, Klubobmann,

Ausschüsse: Gemeinden, Infrastruktur, Verfassung

Claudia Klimt-Weithaler: Ausschüsse: Bildung und Kultur, Gesundheit, Soziales

Dr. Werner Murgg: Ausschüsse: Finanzen, Wirtschaft, Kontrolle (stellvertretender Vorsitzender)

Ing. Renate Pacher: Ausschüsse: Petitionsausschuss (Vorsitz), Agrarpolitik, Umwelt, Europa

Immer für Sie da

Ernest Kaltenegger und die Abgeordneten der KPÖ im Steiermärkischen Landtag sind **im Landhaus** unter folgenden Telefonnummern zu erreichen:

Ernest Kaltenegger: **0316** / **877 51 06** Büro, Georg Fuchs: **0316** / **877 51 02**

Fax: 0316 877 51 08 Email: ltk-stmk@stmk.gv.at http://www.kpoe-steiermark.at



Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.

1948, also vor 57 Jahren, wurde von den Vereinten Nationen die "Allgemeine Erklärung der Menschenrechte" verabschiedet. Leider gibt es eine Vielzahl von Menschen, die nicht unter menschenwürdigen, gerechten Bedingungen leben können. Wir brauchen dazu nicht nur in die Ferne blicken, auch bei uns in der Steiermark werden nicht alle gleich behandelt.

Am 10. Dezember ist der Tag der Menschenrechte.

Grund genug, sich wieder einmal vor Augen zu halten, dass Menschen verschleppt, jahrelang ohne Verfahren inhaftiert, misshandelt und gefoltert werden, während in internationalen Foren laut darüber nachgedacht wird, ob es vom Verbot der Folter und Misshandlung nicht doch Ausnahmen geben sollte. Auch bei uns werden Menschenrechte wie das Recht auf Arbeit oder Kinderrechte nicht eingehalten.

Institutionen, Organisationen, Vereine und Privatpersonen, die sich für die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen und engagieren, sind unentbehrlich. Letztendlich tragen jedoch die PolitikerInnen jedes Landes die Verantwortung dafür, dass es zu keinen Menschenrechtsverletzungen kommt. Die Abgeordneten des KPÖ-Landtagsklubs unterzeichneten eine "Erklärung zur Folterprävention", die von amnesty international



Claudia Klimt-Weithaler

Osterreich ins Leben gerufen wurde, um die Verurteilung von Folter und Misshandlung zum Ausdruck zu bringen. Wir erwarten und erhoffen uns, dass diesem Beispiel viele Landtagsabgeordnete folgen. Was das Land Steiermark betrifft, setzen wir uns für eine gerechtere Sozialpolitik ein, die die "Allgemeine Erklärung der Menschenrechte" nie aus den Augen verliert.

Claudia Klimt-Weithaler